Deutscher Metallarbeiter-Verband (DMV.)

Von **Johann Scherm**

1. Zur Vorgeschichte. Die Geschichte der freigezwecklichen Metallarbeiterbewegung ist eine sehr vielgestaltige. In aller Kürze sei hier ein Bild davon gegeben. Auf dem von den Sozialdemokraten Dr. v. Schweitzer und W. Fritzsche zum 26. bis 29. September 1868 nach Berlin berufenen Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongreß war eine der zehn ins Leben gerufenen „Arbeiterschaften“ (zusammengefaßt in den Allgemeinen Deutschen Arbeiterschaftsverband mit dem Sitz in Berlin, Präsident Dr. von Schweitzer), die Allgemeine Deutsche vereinigte Metallarbeiterschaft mit dem Sitz in Hannover. — Auf dem 5. Vereinstage der Deutschen Arbeitervereine vom 5. bis 7. September 1868 zu Nürnberg wurde von der Bebel-Liebnechtschen Richtung das Programm der Internationalen Arbeiterassoziation übernommen und die Gründung von zentralisierten Gewerkschaftsgenossenschaften empfohlen. Die daraufhin errichteten örtlichen Metallarbeitervereine strebten nach einheitlicher Leitung. Am 10. April 1869 wurde beim Stadtmagistrat Nürnberg eine Satzung für eine Gewerkschaft der Metallarbeiter mit dem vorläufigen Sitz in Nürnberg eingereicht. Im „Demokratischen Wochenblatt“ zu Leipzig erschien dann in Nr. 22 vom 29. Mai 1869 ein Aufruf an die Metallarbeiter aller Länder zu einem **internationalen Metallarbeiterkongreß**. Dieser tagte vom 14. bis 16. August 1869 in Nürnberg und beschloß die **Internationale Metallarbeitergewerkschaftsgenossenschaft**. — Der Ausschuß der Allgemeinen deutschen vereinigten Metallarbeiterschaft geriet sehr bald mit der Leitung des Arbeiterschaftsverbandes in Meinungsverschiedenheiten, worauf Dr. v. Schweitzer den Ausschuß für abgesetzt erklärte und einen neuen Präsidenten in der Person eines Offenbacher Schlossers wählen ließ. Aber noch vor dessen Wahl einigte sich der Ausschuß der Metallarbeiterschaft mit der Internationalen Metallarbeitergewerkschaft auf dem Kongreß zu Braunschweig vom 28. bis 30. November 1869, die beiden Vereine durch die „**Internationale Metallarbeiterschaft**“ zu ersetzen. Ihr Sitz war Hannover, wurde 1872 nach Chemnitz und 1874 nach Braunschweig verlegt. Von den dem neuen Offenbacher Präsidenten verbliebenen Vereinen war zunächst nur sehr wenig zu vernehmen. Erst 1874 erging von Hamburger Metallarbeitern dieser Richtung ein Aufruf zu einem Eisen- und Metallarbeiterkongreß am 5. bis 9. April 1874 nach Hannover, an dem sich Vertreter der beiden Richtungen und des 1872 gegründeten Deutschen Formerbundes beteiligten. Es wurde ein **Allgemeiner Metallarbeiterverband** beschlossen, mit dem Sitz in Berlin. Dem Kongresse sollte eine Verbandsgeneralversammlung am 5. Juli in Kassel folgen; der zum Vorsitzenden des neuen Verbandes Gewählte unterließ jedoch nicht nur alle Vorbereitungen dafür, der Verband trat überhaupt nicht in Wirk-

samkeit. Die Vereine der Lassalleianischen Richtung, zu der auch der Formerbund zählte, lösten sich nach und nach auf. Die **Metallarbeitergewerkschaftsgenossenschaft** (die Bezeichnung „Internationale“ wurde auf polizeiliche Veranlassung gestrichen) bestand weiter.

2. Weitere Vorläufer. Aus der vorsozialistengesetzlichen Zeit sind noch zu nennen: Der im August 1869 in Pforzheim gegründete Gewerkverein der Deutschen Gold- und Silberarbeiter (Hirsch-Duncker), mit dem Sitz in Pforzheim, der sich jedoch im Dezember 1871 vom Verband der Deutschen Gewerkvereine trennte; der Verband der Klempner und verwandter Berufsgenossen, gegründet zu Frankfurt a. M. im September 1873, Sitz Hamburg, der sich 1877 mit der Metallarbeitergewerkschaftsgenossenschaft vereinigte; der im Mai 1877 in Leipzig gegründete Verband der Schmiede, Sitz Berlin. Auf die Verfassung aller dieser Gewerkschaften kann hier aus räumlichen Gründen nicht eingegangen werden, es genüge dafür der eine Satz: Alle hatten sich die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder und die Verfechtung ihrer Rechte in jeglicher Hinsicht mit allen gesetzlichen Mitteln zum Ziel gesetzt. Durch das **Sozialistengesetz** vom 21. Oktober 1878 wurden sie alle polizeilich aufgelöst: Der Verband der Schmiede am 23. Oktober, die Metallarbeitergewerkschaftsgenossenschaft mit dem verbundenen Klempnerverband am 26. Oktober, der Gewerkverein der Gold- und Silberarbeiter am 16. November 1878.

3. Wiederaufbau. Trotz Sozialistengesetz wurden bereits 1880 wieder „Fachvereine“ der Metallarbeiter und einzelner Berufe ins Leben gerufen. Manche davon wurden gleich wieder polizeilich geschlossen, sie wurden als eine unveränderte Fortsetzung der aufgelösten Vereine erklärt. Doch die Bewegung war nicht aufzuhalten. Sie wurde wesentlich gefördert durch die von Joh. Scherm seit dem 15. September 1883 in Nürnberg herausgegebene „**Deutsche Metallarbeiter-Zeitung**“. Darin erschien bereits in Nr. 12 vom 30. April 1884 der Aufruf eines Mannheimer Metallarbeiters zur Schaffung einer neuen Zentralisation. Obwohl sich dagegen starker Widerspruch erhob, wurde von dem Erlasser des Aufrufs nach Einvernehmen mit Kollegen anderer Orte auf Weihnachten 1884 ein Metallarbeiterkongreß nach **Gera** einberufen, der die Gründung einer **Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands** mit dem Sitz in Mannheim beschloß. Die Vereinigung fristete ein kurzes Dasein; der badische Landeskommissär löste sie am 19. Aug. 1885 auf Grund des Sozialistengesetzes mit allen Zweigvereinen auf. Vor ihrem Verbot war auf einem Kongreß in Magdeburg am 25. Mai 1885 ein **Verband Deutscher Schmiede** gegründet worden, Sitz in Hamburg. — Mitte August 1885 wurde auch von einem Stuttgarter Komitee für die Bildung eines Verbandes der Mechaniker und verw.

Berufsgenossen durch Aufrufe in Zeitungen und Flugblättern geworben. Er trat ohne einen Kongreß ins Leben, durch Urabstimmung wurde das Stuttgarter Komitee mit der Leitung betraut. Der Sitz wurde 1888 nach Hamburg verlegt. — Die Metallarbeiter der anderen Berufe waren inzwischen nicht müßig. Zahlreiche neue Vereine waren entstanden, aber die wenigsten wollten wieder etwas von einer Zentralisation wissen. So hatten die Former auf einem Kongreß in Magdeburg (20.—23. Mai 1888) eine zentrale Organisation bei den bestehenden Vereinsgesetzen für unmöglich erklärt. Die Hamburger Schlosser waren gegenteiliger Ansicht. Sie hatten im Sommer 1888 einen Streik geführt, der wegen unzulänglicher Geldmittel und wegen zahlreichen Zuzugs von Arbeitswilligen erfolglos verlief. Sie regten deshalb in Nr. 25 der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung vom 23. Juni 1888 die Einberufung eines Kongresses der Schlosser und Maschinenbauer an, um für diese einen Zentralverband zu gründen. Dagegen wurde eingewendet, es gelte, eine **alle Metallarbeiter umfassende Organisation** zu errichten, da nur diese den gegnerischen Mächten mit Erfolg zu trotzen vermöge. Es kam nach ausführlicher Erörterung in Versammlungen und in der Metallarbeiter-Zeitung zum allgemeinen Metallarbeiterkongreß vom 27. bis 30. Dezember 1888 in Weimar. Obwohl sich dieser **grundsätzlich** für die Zentralisation erklärte, lehnte er sie mit Rücksicht auf die gesetzlichen Zustände ab. Der Kampf drehte sich jedoch nicht nur darum, ob zentrale oder örtliche Organisation, sondern auch: ob **Berufs-** oder **allgemeine Metallarbeiterorganisation**. Für die Berufsorganisation wurde angeführt, daß sich damit die Kollegen viel leichter als Mitglieder gewinnen ließen. Diese Ansicht war aber mehr einem gewissen noch vorhandenen Zunftgeiste zuzuschreiben. Die späteren Erfahrungen haben sie als unzutreffend erwiesen. Der Kongreß sollte jedoch nicht ergebnislos verlaufen und so wurde gewissermaßen eine **Notlösung** beschlossen. Es wurde ein Landesvertrauensmann **allgemein**, je einer für die Former, die Schlosser und Maschinenbauer, die Klempner und für die Schmiede eingesetzt. Deren Aufgabe war, die Verbindung mit den Berufskollegen der einzelnen Orte zu pflegen und herzustellen und sie bei den Bewegungen zur Regelung der Arbeitsbedingungen zu unterstützen. Ein weiterer Metallarbeiterkongreß sollte 1890 abgehalten werden, um erneut die Organisationsfrage zu beraten. Dieser Kongreß tagte vom 26. bis 31. Mai 1890 in Weimar. Die Klempner, Schlosser, Feilenhauer und Former kamen in Sonderberatungen zur Ablehnung jeglicher Zentralorganisation, was der allgemeine Kongreß besiegelte. Das Vertrauensmännersystem wurde beibehalten und durch einen Vertrauensmann für die Feilenhauer ergänzt. — Mit diesem Ergebnis des Kongresses waren die Hamburger Schlosser unzufrieden und gründeten am 7. September 1890 den Verband der Schlosser und Maschinenbauer Deutschlands mit dem Sitz in Hamburg.

Durch Reichstagsbeschluß endete das Sozialistengesetz am 1. Oktober 1890. Bestehen blieben die Gesetze der Länder über Vereine und Versammlungen, deren Fallstricke für die Gewerkschaften eine stete Gefahr waren und ihr Wirken ungeheuer erschwerten. Die Verhältnisse hatten sich aber so gestaltet, daß auf diese Gefahr weniger Rücksicht zu nehmen war als auf die Gefahren, die von den Maßnahmen des Unternehmertums drohten. So hatte der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona nach der ersten Maifeier 1890 zahlreiche Arbeiter ausgesperrt; der Kampf dauerte monatelang. Die fünf Vertrauensmänner der Metallarbeiter erließen auf diese aufreizende Maßregel die Erklärung, daß sie alle Kräfte vereinen, alle Streiks aufzuschieben beschlossen hätten und alle Gelder für Hamburg verwenden wollten. Zugleich regten sie eine engere Verbindung aller gewerkschaftlichen Organisationen an. Daraus entstand einige Monate später die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands*.

Die Ereignisse drängten die Metallarbeiter zu einem entscheidenden Schritte. Die Vertrauensmänner beriefen deshalb auf den 1.—6. Juni 1891 nach Frankfurt a. M. einen allgemeinen Metallarbeiterkongreß, Sonderkongresse der Feilenhauer, Klempner und Maschinenbauer, Schmiede tagten dabei. Diese lehnten die Berufszentralorganisation ab. Um aber den Willen des Gesamtkongresses festzustellen, beantragte der Verfasser:

„Der zu Frankfurt a. M. tagende Kongreß der Metallarbeiter Deutschlands beschließt die Gründung einer allgemeinen Metallarbeiter-Union mit nach Lage der Verhältnisse zu errichtenden örtlichen Fachsektionen.“

Die „Fachsektionen“ waren ein Entgegenkommen an die Anhänger der Berufsorganisation, wodurch die Werbearbeit für den DMV. sehr gefördert wurde. Bei Beratung der Satzungen wurde an Stelle von „Union“ **Verband** gesetzt. Als Sitz des Verbandes wurde Stuttgart bestimmt.

4. Der erste gewerkschaftliche Industrieverband war damit nach vielen Irrungen und Wirungen errichtet. Seine Verfassung trat am 1. August 1891 in Kraft. Aber er hatte bis zur allgemeinen Anerkennung noch viele Hindernisse zu überwinden. Gründete doch ein Teil der Former, trotz Teilnahme am Kongreß, Ende August 1891 auf einer Formertagung in Braunschweig den Zentralverein der Former und Gießereiarbeiter, Sitz Hamburg. Zum Anschluß an den Verband erklärten sich bereit die Feilenhauer, die Klempner, die Schlosser, soweit sie nicht im Hamburger Schlosserverband von 1890 waren, und natürlich alle Metallarbeitervereine mit Ausnahme des Berliner.

5. Uebertritte. Der Verband der Mechaniker erklärte seinen Beitritt am 15. September 1891. Die Werbekraft und Leistungsfähigkeit des Verbandes besiegte aber auch nach und nach den Widerstand der anderen Verbände und es traten

* Vgl.: Paul Umbreit, 25 Jahre deutscher Gewerkschaftsbewegung 1900—1925.

über: am 1. Juli 1892 der Verband der Schlosser und Maschinenbauer Deutschlands; 1897 der Berliner Metallarbeiterverein mit 6325 Mitgliedern; 1901 der Zentralverein der Former und Gießereiarbeiter mit 3951 Mitgliedern; 1905 der Fachverein der Gold- und Silberarbeiter zu Hanau; 1. November 1905 ein Teil der Mitglieder des 1896 gegründeten Werftarbeiterverbandes, Sitz Hamburg; am 1. Oktober 1907 der im Dezember 1896 gegründete Verband der Graveure und Ziseleure, Sitz Berlin, mit 2200 Mitgliedern; am 1. Januar 1910 der am 7. September 1889 in Hamburg gegründete Verband der Gold- und Silberarbeiter, späterer Sitz Pforzheim; 1912 der Verband deutscher Schmiede mit 14 800 Mitgliedern; 1923 ein Teil des 1890 gegründeten Schiffszimmererverbandes; 1926 der Solinger Industrieverband mit 4081 Mitgliedern. Es bestehen nur noch zwei Berufsverbände: der Verband der Kupferschmiede und der Heizer und Maschinisten. Von beiden Berufen zählte 1929 der DMV. auch zahlreiche Mitglieder.

6. Umfang und Zweck des DMV. Er erstreckt sich über das Gebiet der deutschen Republik zuzüglich Danzig und über Teile von Polnisch-Oberschlesien. Aufgenommen werden alle Metallarbeiter und alle in den Metallgewerben Beschäftigten beider Geschlechter, wenn sie die Verbandssatzungen anerkennen. Der DMV. sieht seine **vornehmste Aufgabe** in der Wahrung und Förderung der Ehre sowie der materiellen und geistigen Interessen seiner Mitglieder, in der Hebung der Allgemeinbildung, namentlich auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Handelskunde, der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts. Er fordert die Demokratisierung der Betriebe durch: weitestgehendes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten bei der Produktion, beim Einzelbetrieb beginnend, bis zu den höchsten Stellen der zentralen Wirtschaftsorganisationen; Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei Einstellungen und Entlassungen, Regelung der Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten einschließlich der Lehrlinge, insbesondere der Arbeitszeit, der Ferien, der Höhe der Entlohnung und der Entlohnungsform durch kollektive Arbeitsverträge. Er gewährt seinen Mitgliedern: Unterstützung bei Streiks, Aussperrungen und Maßregelung, bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und beim Sterbefall, Reisegeld, Unterstützung beim Umzug und in außerordentlichen Notfällen, freien Rechtsschutz in gewerblichen Streitigkeiten und bei Ansprüchen an die gesetzlichen Versicherungseinrichtungen. (Der Verbandstag 1928 beschloß die **Invalidenunterstützung und Sterbegeld auch für die Ehefrau.**)

7. Gliederung des Verbandes: Der **Vorstand** besteht aus acht festbesoldeten und acht ehrenamtlichen Beisitzern, die sämtlich vom Verbandstag gewählt werden. Die Hauptverwaltung umfaßt die Abteilungen für Sozial-, Wirtschafts- und Gewerkschaftspolitik, Bildungswesen, Bücherei, Statistik, Agitation und Organisation, Betriebsrätewesen, Kasse, Unterstützungswesen, Frauen-, Kinder-Heimarbeit, Jugendbewegung, Gesundheits- und Unfallschutz.

Bezirkseinteilung (beschlossen 1901). In den 17 Verbandsbezirken: Berlin, Bielefeld, Brandenburg, Breslau, Dresden, Erfurt, Essen, Frankfurt a. M., Hagen, Halle, Hamburg, Hannover, Köln, Königsmberg, Nürnberg-München, Stettin und Stuttgart werden die Verwaltungsgeschäfte durch besoldete Bezirksleiter und je eine viergliedrige, auf der alljährlichen Bezirkskonferenz zu wählende Kommission geführt. Zur Bezirkskonferenz wählen Mitgliedschaften bis zu 1000 einen, bis zu 3000 zwei, jedoch nicht mehr als drei Delegierte. Beirat des Vorstandes. Die besoldeten Mitglieder des Vorstandes, die Bezirksleiter, die Redakteure der Met.-Ztg., der Vorsitzende des Ausschusses, bilden den engeren Beirat des Vorstandes.

Die sämtlichen Mitglieder des Vorstandes, die Bezirksleiter, die Redakteure der Met.-Ztg., der Vorsitzende des Ausschusses, sowie je ein Vertreter aus den Bezirken bis zu 25 000 Mitglieder, je zwei Vertreter aus den Bezirken bis zu 50 000 und je drei Vertreter aus den Bezirken mit mehr als 50 000 Mitglieder bilden den erweiterten Beirat. Diese Vertreter aus den Bezirken werden durch die Bezirkskonferenzen gewählt.

Ortsverwaltung. Die Geschäfte in den 606 Verbandsorten werden geführt durch je fünf gewählte Mitglieder. Im ganzen sind. rund 1000 männliche und weibliche Angestellte und Tausende von Mitgliedern ehrenamtlich bei den örtlichen Verwaltungen und der Agitation tätig.

Ausschuß. Der Ausschuß von fünf Mitgliedern in Frankfurt a. M. erledigt Beschwerden über den Vorstand und kontrolliert die Hauptkasse.

Verbandstag. Dieser tritt alle zwei Jahre zusammen. Er wird durch Abgeordnete gebildet, die durch die Mitglieder aus deren Mitte in geheimer Abstimmung zu wählen sind. Auf je 3000 Mitglieder entfällt ein Abgeordneter. Wahlberechtigt sind nur Mitglieder, die mindestens 13 Wochen dem Verband angehören. Wählbar sind nur Mitglieder, die ihm mindestens drei Jahre angehören.

Die vielseitigen Aufgaben und Befugnisse aller Verwaltungszweige sind in den Satzungen genau umschrieben.

Der Verband ist Mitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Er gehört zum **Internationalen Metallarbeiterbund**, Sitz Bern, dem die Metallarbeiterorganisationen Europas mit wenigen Ausnahmen und auch eine amerikanische Organisation angeschlossen sind. Zwischen diesen Organisationen sind Verträge abgeschlossen, die den Mitgliedern den kostenlosen Uebertritt zu einer anderen Organisation des Bundes unter Anrechnung ihrer Mitgliedszeit und Gewährung von Unterstützung usw. garantieren. Die angeschlossenen Organisationen leisten sich gegenseitig moralisch und materiell Hilfe bei Sicherung ihrer Arbeitsbedingungen.

8. Mitgliederbewegung. Das Gründungsjahr 1891 schloß mit 23 205 Mitgliedern. Das erste Hunderttausend wurde erreicht 1900, das zweite 1904, das dritte 1906, das vierte 1910, das fünfte

1911. **561 547** Mitglieder im Jahre 1912 war der Höchststand vor dem Weltkrieg. Die Zahl sank bis 1915 auf 234 307, stieg noch während des Krieges wieder und erreichte 1922 mit **1 624 554** den bisher höchsten Stand, ging aber dann 1925 auf 764 609, 1926 auf 675 398 zurück. Die Ursachen dieses Rückganges nach 1922 sind die Inflation, die Umstellungen in der Metallindustrie mit ihren Stilllegungen und Massenentlassungen. Die Mitgliederzahl stieg dann 1927 auf 815 838, **1928** auf **944 310**, davon 807 616 männliche, 69 627 weibliche, 67 067 jugendliche (bis 18 Jahre). Im ersten Vierteljahr **1929** betrug sie **957 400**.

Die Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Wirtschaftszweige ist durch eine Erhebung von **1927** für die 815 838 Mitglieder des Jahres festgestellt, die auf Veranlassung des ADGB. vorgenommen wurde*. Danach waren in den Hauptzweigen beschäftigt: bei der Eisen- und Stahlgewinnung 86 970 (davon Arbeiterinnen 1923), bei Herstellung von Kleineisenzeug, Stahl- und Metallwaren 139 192 (22 458), in den Bauschlossereien 13 299, bei der Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation 22 950 (4), im Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau 390 797 (11 560), in der Elektrotechnischen Industrie, Feinmechanik 89 915 (17 068), der Elektrizität, Gas- und Wassergewinnung 14 441 (63), in der Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie 9059 (4080), im Bergbau 10 852 (3), in der Chemischen Industrie 15 664 (82). Die übrigen acht Zweige zeigen die Zahlen 919, **1229**, 1574, 2205, 2856, 3344, 4813 und 6119.

Diese Verteilung auf die Wirtschaftszweige gibt jedoch noch kein Bild über die einzelnen **Berufe** der Mitglieder. Nach dem **Stand von 1928** waren von den 944 310 Mitgliedern:

5 539 Drahtarbeiter
 81 692 Dreher
 23 726 Elektromonteure
 1 748 Feilenhauer
 44 571 Former
 2 786 Gelb-, Rot-, Glocken- und Metallgießer
 24 655 Gießereiarbeiter
 6 890 Gold- und Silberarbeiter
 2 946 Graveure, Ziseleure, Guillocheure
 6 354 Gürtler
 9 271 Heizer und Maschinisten
 7 996 Heizungsmonteure
 10 330 Hochofen- und Stahlwerkerarbeiter
 8 572 Installateure, Rohrleger, Helfer
 10 430 Kesselschmiede
 27 023 Klempner
 1 717 Kupferschmiede
 63 982 Maschinenarbeiter, angelernte
 70 808 Metallarbeiter
 30 180 Mechaniker
 3 243 Messerschmiede
 2 973 Metalldrücker
 19 528 Metallschleifer

2 971 Nadelarbeiter
 3 410 Optische Industriearbeiter
 1 192 Schläger
 211 925 Schlosser
 33 896 Schmiede
 6 219 Schweißer aller Art
 12 402 Walzwerkerarbeiter
 8 027 Werftarbeiter
 16 780 Werkzeugmacher
 248 Zinggießer
 69 627 Arbeiterinnen aller Art
 54 840 Hilfsarbeiter
 17 783 Nichtmetallarbeiter (Anstreicher, Brenner, Dachdecker usw.)
 38 030 Lehrlinge aller Art
 944 310 Zusammen

9. Beitrittsgeld und Beiträge (Grundbeiträge) werden vom Vorstandstag festgesetzt. Zu diesen Beiträgen können zur Deckung außerordentlicher Ausgaben mit Genehmigung des Vorstandes **örtliche Zuschläge** erhoben werden. Dies geschah 1928 in 513 Verwaltungsstellen für 867 351 Mitglieder. In außerordentlichen Fällen kann der Vorstand die Erhebung von Zuschlägen für alle Mitglieder bindend anordnen. — Das Beitrittsgeld, das ursprünglich 30 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Personen betrug, wurde 1901 für männliche Personen auf 50 Pf. erhöht, während des Krieges und im letzten Jahrzehnt weiter erhöht und abgestuft für männliche, weibliche und jugendliche Personen. Es beträgt nun: für männliche Personen über 18 Jahre alt 1 RM, für weibliche über 18 Jahre alt 50 Pf., für Jugendliche beider Geschlechter 30 Pf. — Bedeutendere Erhöhungen und Änderungen traten ein bei den **Beiträgen**, was zusammenhängt mit dem

10. Ausbau des Unterstützungswesens. Der Verband gewährte 1891 bei einem Beitrag von wöchentlich 15 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder Reise- und Notfallunterstützung sowie Rechtsschutz in gewerblichen Streitigkeiten. Ueber Streikunterstützung enthielt die Satzung nichts, sie ergab sich jedoch aus dem Zweck des Verbandes. Notfall- und Streikunterstützung war abhängig vom Beschluß des Vorstandes. Der Beitrag wurde 1895 für männliche Mitglieder auf 20 Pf. erhöht, bei Einführung der **Arbeitslosenunterstützung** 1899 für männliche Mitglieder auf 30 Pf., für weibliche auf 10 Pf. Die **Arbeitslosen-** und **Reiseunterstützung** wurde 1903 erhöht und die Bezugsdauer verlängert, **Streik-, Gemaßregelten- und Umzugsunterstützung** in der Satzung festgelegt, der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder auf 40 Pf., für weibliche auf 15 Pf. erhöht. 1905 wurde die Arbeitslosenunterstützung in **Erwerbslosenunterstützung** umgewandelt und **Sterbegeld** beschlossen, der Beitrag auf 50 Pf. und 20 Pf. erhöht. 1907 brachte die Erhöhung auf 60 und 25 Pf. und eine 10-Pf.-Klasse für invalide Mitglieder. 1911 Erhöhung auf 70 und 30 Pf. 1917 Einführung einer neuen Beitrags-

* Vgl. Jahrbuch des DMV. für 1927, S. 195 ff.

klasse, 70 und 50 Pf. für männliche, 30 Pf. für weibliche Mitglieder und Lehrlinge sowie Jugendliche ohne Lohnverhältnis unter 18 Jahren und sonstige Jugendliche bis zu 18 Jahren. 1924 wurden Beiträge für fünf Klassen: 70, 50, 30, 30 und 10 Pf. beschlossen; 1926 auf 100, 75, 50, 30 Pf. erhöht. Nach Einführung der **Invalidenunterstützung** 1928 gelten vom 30. Dezember 1928 an für den Anspruch darauf Beiträge von wöchentlich 130, 100 und 70 Pf., Beiträge mit 75, 50 und 30 Pf. ohne Anspruch auf **diese** Unterstützung bleiben bestehen.

In bezug auf die **Unterstützungsleistungen** des DMV. an das einzelne Mitglied in den verschiedenen Fällen sei auf die Satzungen verwiesen. Was er im ganzen leistet, darüber unter Nr. 12.

11. Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1928.

Einnahmen:

RM		
221 027	Eintrittsgelder	
37 439 153	Beiträge (Grundbeiträge)	
7 924 889	Beiträge (örtliche)	
	Sonstige Einnahmen:	
2 178 269	der Hauptkasse	
1 236 939	der örtl. Kassen	

49 000 277 zusammen

Ausgaben:

RM	
33 070 081	der Hauptkasse
14 334 290	der örtl. Kassen

47 404 371 zusammen

Das **Jahrbuch** des DMV. für 1928 unterrichtet über alle Ausgaben, die zur Förderung und Erreichung des Verbandszweckes gemacht wurden, im einzelnen, es enthält auch die Jahresabrechnung über alle Verbandsorte. Wir entnehmen daraus die Zahlen über die

12. Unterstützungen (1928). Dafür leisteten: die Hauptkasse die örtl. Kassen

RM	RM	
101 657,65	57 180,75	Reiseunterstützung
72 431,50	4 954,61	Umzugsunterstützung
		Erwerbslosenunterstützung:
7 006 709,57	166 772,87	bei Krankheit
7 243 507,54	964 880,42	bei Arbeitslosigkeit
14 634 658,25	1 853 853,03	Streikunterstützung
101 993,15	27 336,88	Gemaßregeltenunterstützung
283 828,50	347 271,65	Sterbegeld
103 085,85	182 279,46	Unterstützg. i. Notfäll.
73 178,64	—	Rechtsschutz
29 621 050,65	3 604 529,67	
33 225 580,32		zusammen

13. Unterstützungen seit Bestehen des Verbandes wurden von der Hauptkasse allein (die Inflationsjahre 1921—1923 nicht mitgerechnet) geleistet: Millionen

90,0	bei Streiks und Aussperrungen
4,2	Maßregelung
67,0	Krankheit
84,2	Arbeitslosigkeit
5,6	Sterbe- und Notfällen
6,9	Reise und Umzug
1,4	Rechtsschutz

169,3 zusammen

Im Krisenjahr 1926 sind allein für Arbeitslose und Kurzarbeiter 18 Millionen Mark bezahlt worden. Vom Hundert der Einnahmen der **Hauptkasse** wurden für Unterstützungen sozialer Art an die

		Mitglieder zurückgezahlt:
1891	59,8	1910 82,2
1895	59,1	1913 82,2
1904	84,5	1924 41,7
		1925 58,0
		1926 84,7
		1927 34,0
		1928 79,1

Von den gesamten Ausgaben der Jahre 1891 bis 1920, 1924 bis 1928 entfielen 29,1 vH. auf Kämpfe zur Erreichung oder Erhaltung günstiger Arbeitsbedingungen, 50,9 vH. auf persönliche Unterstützungen, 80,0 vH. der Ausgaben gelangten in der Hauptsache als Unterstützungen den Mitgliedern zugute.

14. Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Vor- und Nachkriegszeit:

	Bewegungen	Beteiligte
1895	16	963
1900	100	10 622
1905	549	132 289
1910	1353	229 448
1913	1237	208 501
1924	2169	5 000 525
1925	2443	3 158 835
1926	495	1 156 427
1927	1986	3 332 013
1928	1451	2 314 455

15. Lohnerhöhungen. Die vom Verband eingeleiteten Lohnbewegungen brachten Erfolge:

	für Personen	Durchschnitt
		für den einzelnen
		die Woche RM
1895	532	1,09
1900	2 030	1,53
1905	50 268	1,63
1910	91 385	1,58
1913	52 363	1,78
1924	2 865 318	2,03
1925	2 680 000	2,24
1926	257 097	1,90
1927	1 861 533	2,07
1928	1 414 190	2,40

Für die große Zahl der besonders 1924, 1925 und 1927/28 **wiederholt** an diesen Erhöhungen beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen ist die Erhöhung des Wochenlohnes das Mehrfache des angegebenen.

Im Jahre **1928** wurde in allen Tarifgebieten der Eisen- und Metallindustrie und in den Handwerksbetrieben eine Lohnerhöhung erreicht. Der Durchschnittslohn stieg bei den gelernten Arbeitern um 5,9 vH., bei den Angelernten um 6,2 vH., bei den Ungelernten um 6,4 vH., bei den Arbeiterinnen um 12,9 vH., in den Handwerksbetrieben zwischen 6,9 und 9,4 vH. Im Vergleich mit dem letzten Friedensjahr 1913/14 ist für die Stunden- und Wochenlöhne festgestellt (1913/14 = 100):

		Gelernte Stundenlohn	Ungelernte Stundenlohn
1925/26		125,7	141,0
1927		150,8	155,6
1928		161,2	166,1
	Std. Arbszt.	Wochenlohn	Wochenlohn
1913/14	57	100,0	100,0
1925/26	54	131,6	133,3
1927	52	133,7	141,8
1928	52	139,0	146,9

Bei den **Wochenlöhnen** ist besonders die Verkürzung der Arbeitszeit zu beachten, da die Berechnung dieser Löhne nach den durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitsstunden erfolgt.

16. Kollektivverträge. Vor dem Kriege war es schwer, in der Eisen- und Metallindustrie einen Tarifabschluß zu erreichen. Das änderte sich nach dem Kriege. Während 1903 zusammen 32 Verträge mit 11 862 Tarifbeteiligten, 1909 zusammen 399 Verträge mit 95 172 Tarifbeteiligten abgeschlossen wurden, waren es 1926 zusammen 595 Verträge mit 1 541 296 Tarifbeteiligten, 1927 zusammen 689 Verträge mit 1 857 931 Tarifbeteiligten. **1928** zusammen **777** Verträge mit **1 937 496** Tarifbeteiligten.

17. Die Arbeitszeit in den Tarifverträgen. Bei Gründung des DMV. war die Arbeitszeit zehn und mehr Stunden, dazu Ueberzeit-, Nacht- und Sonntagsarbeit.

Im Jahre 1913 war die Arbeitszeit in den vom DMV. abgeschlossenen Tarifverträgen für 177 009 Beteiligte geregelt. Davon arbeiteten:

2 vH.	48 Stunden
53 vH.	49—54 Stunden
34 vH.	55—57 Stunden
11 vH.	mehr als 57 Stunden

Nach dem Kriege wurde die 48stündige Arbeitszeit allgemein durchgeführt, 1924 aber von den Unternehmern zum Teil eine Verlängerung erzwungen. Danach konnten wieder Erfolge erreicht

werden. Nach den **1928** vom DMV. abgeschlossenen Tarifverträgen besteht für **27 vH.** der davon erfaßten Personen eine **wöchentliche Arbeitszeit** von 48 Stunden. **Grundsätzlich** ist diese Arbeitszeit in allen Tarifverträgen zugestanden, ihre Verlängerung aber **zulässig**

für 52,2 vH. von	48—52 Stunden
für 18,2 vH. von	48—54 Stunden
für 2,6 vH. von	mehr als 54 Stunden

In den 777 Verträgen sind für fast alle Beteiligten **Ueberstundenzuschläge** für die längere als 48stündige wöchentliche Arbeitszeit festgesetzt.

18. Ferien im Tarifvertrag. Im Jahre 1903 bestanden für die Metallindustrie nur drei Tarifverträge mit 50 Beteiligten, für die ein Erholungsurlaub zugestanden war. **1928** aber waren Ferien in **753** Verträgen mit **1 928 408** Beteiligten geregelt.

19. Für das Bildungswesen wendet der DMV. bedeutende Mittel auf. 1928 für die wöchentlich in einer Auflage von 932 000 erscheinende **Metallarbeiter-Zeitung** 1 041 289,98 RM, für die **Metallarbeiter-Jugend** in einer wöchentlichen Auflage von 71 000 50 230,65 RM, für die **Betriebsräte-Zeitschrift** (zweiwöchentlich) in einer Auflage von 32 600 81 166,44 RM.

In der **Wirtschaftsschule** des Verbandes in Bad Dürrenberg werden in vierwöchigen Kursen je 50 bis 60 Mitglieder einer bestimmten Industriegruppe von festangestellten Lehrkräften in Wirtschaftskunde, Arbeiterrecht und Betriebswissenschaft unterrichtet. Die Schule ist als Internat eingerichtet. Der Aufwand dafür war 1928 231 941,78 RM.

20. Verlagsgesellschaft des DMV. Unter dieser Firma betreibt der Verband seit 1902 eine eigene Buchdruckerei, der später eine Buchbinderei angeschlossen wurde.

21. Literatur. Die Schriften, die bisher über den DMV. von anderer Seite erschienen, sind an Zahl und Bedeutung sehr gering. Die vom Vorstand, den Bezirksleitungen und den örtlichen Verwaltungen herausgegebenen Schriften sind aber zu zahlreich, um hier nur die bedeutendsten aufzuführen zu können. Darunter befinden sich mehrere umfangreiche Monographien über einzelne Berufe und ganze Industrien. Als wichtigste Quellen über die Metallarbeiterbewegung und den DMV. nennen wir die **Protokolle über die verschiedenen Kongresse der Metallarbeiter und der Generalversammlungen des DMV.**, die **Jahrbücher des DMV. von 1903—1928** und die **Metallarbeiter-Zeitungen** von 1883 an.